

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Heepen
am 19.03.2026

Tagungsort: Mensa des Schulzentrums Heepen, Alter Postweg 33,
33719 Bielefeld

Beginn: 18:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 19.42 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Herr Holm Sternbacher

Bezirksbürgermeister

CDU

Herr Bernd Bartsch

Herr Dr. Guido Elsner

(Fraktionsvorsitz)

Frau Elke Grünewald

Stellv. Bezirksbürgermeisterin

Herr Hartwig Horn

Herr Stephan Richter

SPD

Frau Regina Klemme-Linnenbrügger

Frau Roswitha Lammel

Herr Selçuk Solmaz

(Fraktionsvorsitz)

AFD

Herr Dietrich Gipper

Frau Roswitha Hirsch-Menke

Herr Michael Sahm

Herr Dr. Florian Sander

(Fraktionsvorsitz)

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Ulrike Mann

FDP

Herr Jürgen Hölker

Entschuldigt fehlen:

CDU

Frau Anja Bartsch

Die Linke

Kira Berg

Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert haben

-/-

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung

-/-

Verwaltung:

Frau Brandis	Amt für Jugend und Familie - Jugendamt	TOP 6.5
Frau Strohbücker	Amt für Jugend und Familie - Jugendamt	TOP 6.5
Herr Bittner	Bezirksamt Heepen	
Frau Nebel	Bezirksamt Heepen	Schriftführerin

Externe:

Herr Wild	Landesbetrieb Straßenbau NRW –Regionalniederlassung OWL - Abteilungsleiter Bau	TOP 9
Herr Kuchenbecker	Landesbetrieb Straßenbau NRW –Regionalniederlassung OWL - Projektingenieur	TOP 9
Herr Guthy	Landesbetrieb Straßenbau NRW –Regionalniederlassung OWL - Projektleiter	TOP 9

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher eröffnet die Sitzung und bittet zunächst alle Anwesenden sich, soweit möglich, für eine Gedenkminute für das am 20.02.2026 verstorbene Mitglied der Bezirksvertretung, Herrn Gerhard Schäfer, zu erheben.

Im Anschluss stellt Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er merkt an, dass die Wortbeiträge in der Sitzung mittels eines Aufnahmegerätes aufgezeichnet werden.

Zur Tagesordnung teilt er mit, dass der **Tagesordnungspunkt 11** „*Festlegung des Ausbaustandards für die verkehrliche Erschließung des Bebauungsplangebiets III/O17 „Wohnen westlich des Ostrings, beidseits des Bentruperheider Weges“*“ abzusetzen sei, da die Beschlussvorlage der Verwaltung noch nicht vorliege.

Die Tagesordnung wird unter Berücksichtigung der genannten Änderung einstimmig beschlossen und sodann wie folgt abgehandelt:

Zu Punkt 1 Einführung und Verpflichtung eines neuen Mitgliedes der Bezirksvertretung

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher begrüßt Herrn Gipper als Nachfolger des verstorbenen Mitglieds der AfD-Fraktion, Herrn Schäfer.

Er führt Herrn Gipper als neues Mitglied der Bezirksvertretung in sein Amt ein und verpflichtet ihn nach folgender Formel:

„Ich verpflichte mich, dass ich als Mitglied in der Bezirksvertretung Heepen meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Die Niederschrift über die Verpflichtung wird von Herrn Gipper und Herrn Bezirksbürgermeister Sternbacher unterzeichnet.

* BV Heepen – 19.03.2026 - öffentlich – TOP 1 *

-.-.-

Zu Punkt 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Heepen

Zu Punkt 2.1 Mündliche Einwohnerfragen

Mündliche Einwohnerfragen werden nicht vorgetragen.

* BV Heepen – 19.03.2026 - öffentlich – TOP 2.1 *

-.-.-

Zu Punkt 2.2 Antworten auf Einwohnerfragen aus den vorangegangenen Sitzungen

Zu Punkt 2.2.1 Antwort auf eine Einwohnerfrage zur OGS-Situation an der Grundschule Am Homersen

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die im System eingestellte Antwort auf eine Einwohnerfrage zu o.a. Thema.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Heepen – 19.03.2026 - öffentlich – TOP 2.2.1 *

-.-.-

Zu Punkt 2.2.2 Antwort auf eine Einwohnerfrage zur Kontrolle des ruhenden Verkehrs in der Straße Rüggesiek

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die im System eingestellte Antwort auf eine Einwohnerfrage zu o.a. Thema.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Heepen – 19.03.2026 - öffentlich – TOP 2.2.2 *

-.-.-

Zu Punkt 2.2.3 Antwort auf eine Einwohnerfrage zur Grundschule Oldentrup

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die zu Beginn der Sitzung vorgelegte Antwort auf eine Einwohnerfrage zu o.a. Thema.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Heepen – 19.03.2026 - öffentlich – TOP 2.2.3 *

-.-.-

Zu Punkt 2.2.4 Antwort auf eine Einwohnerfrage zum Systembau an der Grundschule Am Homersen

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die zu Beginn der Sitzung vorgelegte Antwort auf eine Einwohnerfrage zu o.a. Thema.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Heepen – 19.03.2026 - öffentlich – TOP 2.2.4 *

-.-.-

Zu Punkt 3 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die

4. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 19.02.2026

Ohne Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 4. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 19.02.2026 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 19.03.2026 - öffentlich – TOP 3*

-.-.-

Zu Punkt 4 Mitteilungen

Zu Punkt 4.1 Mitteilung zu Hallenzeiten für Heeper Schulen / Schließung der Sporthalle Heeper Fichten

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die im System eingestellte Mitteilung der Verwaltung zu o.a. Thema aufgrund der Anfrage aus der Sitzung vom 19.02.2026 (DS 0555/2025-2030).

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Heepen – 19.03.2026 - öffentlich – TOP 4.1 *

-.-.-

Zu Punkt 4.2 Zeitplan für den Haushaltsplan 2027

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die zu Beginn der Sitzung vorgelegte Mitteilung der Verwaltung zu o.a. Thema.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Heepen – 19.03.2026 - öffentlich – TOP 4.2 *

-.-.-

Zu Punkt 5 Anfragen

Zu Punkt 5.1 Wirtschaftlichkeitsbetrachtung des Saunabetriebs in Heepen (Anfrage der CDU-Fraktion vom 10.03.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0856/2025-2030

Anmerkung:

Der Text der Anfrage kann hier eingesehen werden:

[SessionNet | Wirtschaftlichkeitsbetrachtung des Saunabetriebs in Heepen](#)

Dazu liegt folgende Antwort der Bielefelder Bäder und Freizeit GmbH (BBF) vor:

Antwort auf die Frage:

Neben Personalkosten und den Betriebskosten werden auch Investitionskosten für die wirtschaftliche Betrachtung berücksichtigt.

Antwort auf die 1. Zusatzfrage:

Für das Ishara ist die Wirtschaftlichkeit gegeben, für das Aquawede sieht die BBF eine Perspektive eine Wirtschaftlichkeit zu erzielen. Für die Sauna im Familienbad Heepen sieht die BBF das nicht.

Antwort auf die 2. Zusatzfrage:

Eine Beurteilung, ob ein Trägerverein eine Sauna ggf. wirtschaftlich betreibt, kann die BBF nicht abgeben.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Heepen – 19.03.2026 - öffentlich – TOP 5.1 *

-.-.-

Zu Punkt 5.2 Planung einer Stadtbahntrasse nach Brake (Anfrage der SPD-Fraktion vom 10.03.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0859/2025-2030

Anmerkung:

Der Text der Anfrage kann hier eingesehen werden:

[SessionNet | Planung einer Stadtbahntrasse nach Brake](#)

Dazu liegt folgende Antwort des Amtes für Verkehr vor:

Anders als die Bezirksvertretungen Dornberg, Schildesche und Jöllenbeck betrifft die „Machbarkeitsuntersuchung Stadtbahnverlängerung in den Bielefelder Norden“ die Bezirksvertretung Heepen nur zu einem geringen Ausmaß, obgleich 2 der 23 betrachteten Varianten einen Bezug zum Ortsteil Brake haben. Es ist aber feststellbar,

dass keine weiteren Trassen auf dem Stadtgebiet von Heepen liegen werden. Da die weiteren wesentlichen Planungen in den drei anderen, genannten Stadtbezirken erfolgen, ist keine gesonderte Beteiligung der Bezirksvertretung Heepen vorgesehen. Wie alle Interessierten aus der Öffentlichkeit, sind selbstverständlich auch Mitglieder der Bezirksvertretung Heepen bei den angekündigten Öffentlichkeitsbeteiligungen herzlich willkommen. Eine Anmeldung ist über <https://www.bielefeld.de/stadtbahn-norden> möglich.

Herr Solmaz (Vorsitzender der SPD-Fraktion) bringt seine Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass die Machbarkeitsuntersuchung zur Stadtbahnverlängerung in den Bielefelder Norden mit Bezug zum Ortsteil Brake in der Öffentlichkeit vorgestellt und diskutiert worden sei, bevor die Bezirksvertretung Heepen über diese Thematik informiert worden sei. Es stelle sich für ihn die Frage, ob dies auch künftig die Vorgehensweise der Verwaltung sein werde.

Eine Beteiligung der Bezirksvertretung vor Unterrichtung der Öffentlichkeit sei zwingend erforderlich, um die Ortskenntnisse der Bezirkspolitik in die Beratungen einbringen und auf Nachfragen von Bürger*innen angemessen eingehen zu können.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Heepen – 19.03.2026 - öffentlich – TOP 5.2 *

-.-.-

Zu Punkt 5.3

Sachstand Mobilitätsstationen im Stadtbezirk Heepen (Anfrage von Herrn Hölker [Einzelvertreter der FDP] vom 10.03.2026

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0875/2025-2030

Anmerkung:

Der Text der Anfrage kann hier eingesehen werden:

[SessionNet | Sachstand Mobilitätsstationen im Stadtbezirk Heepen](#)

Dazu liegt noch keine Antwort vor.

vertagt

* BV Heepen – 19.03.2026 - öffentlich – TOP 5.3 *

-.-.-

Zu Punkt 6

Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnungen

Zu Punkt 6.1

Begegnungs- und Servicezentrum Oldentrup (Anfrage der SPD-Fraktion vom 10.02.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0587/2025-2030

Anmerkung:

Der Text der Anfrage kann hier eingesehen werden:

[SessionNet | Begegnungs- und Servicezentrum Oldentrup](#)

Dazu liegt folgende Antwort des Dezernates für Soziales und Integration vor:

Antwort auf die Frage:

Der Bauantrag für den Neubau ist gestellt. Im Vorfeld sind die Bezirkspolitik und -amt (in Person von Herrn Sternbacher und Herrn Skarabis) sowie der Verein zur Förderung des Begegnungszentrums Oldentrup e.V. (in Person von Frau Bödecker), am 01.12.2025 darüber informiert worden. Der Zeitplan sieht nach wie vor einen Abriss des Gebäudes, in dem das Begegnungszentrum verortet ist, zum Ende 2026 und einen Beginn des Neubaus zum Beginn 2027 vor.

Bei den geplanten Veränderungen in Oldentrup handelt es sich weiterhin um einen laufenden Prozess, in dem offene Fragen in enger Abstimmung von Verwaltung, AWO Kreisverband und BGW diskutiert werden. Dabei sollen alle Beteiligten und Interessierten auf dem Laufenden gehalten und zu gegebener Zeit auch zu Beteiligungs-Aktionen eingeladen werden.

Antwort auf die 1. Zusatzfrage:

Das jetzige Begegnungszentrum Oldentrup in der Lüneburger Straße 5 umfasst eine Gesamtfläche von 469 qm (inklusive aller Büro-, Lager-, Sanitär-, Neben- und Kellerflächen). Davon werden rund 270 qm für die Begegnungsarbeit genutzt. Der Saal im Erdgeschoss ist mittels zwei mobiler Wände in drei Bereiche aufteilbar. Hinzu kommen im Untergeschoss (Souterrain, nicht stufenfrei zugänglich) weitere vier Räume (u. a. Gymnastikbereich, Töpferbereich, EDV-Raum).

In der Lüneburger Straße 80 stehen insgesamt 145,43 qm zur Verfügung. Für die Begegnungsarbeit werden an diesem Standort 113,4 qm genutzt. Die Fläche des Wohncafés setzt sich zusammen aus dem eigentlichen „Gastraum“, der durch eine mobile Trennwand geteilt werden kann, sowie dem offenen Küchenbereich und den Nebenräumen (WCs + Abstellraum). Hinzu kommt künftig ein weiterer Raum (jetzt noch als Pflegewohnung deklariert, inkl. zugeschalteten separaten barrierefreiem Sanitärbereich). Weitere Räumlichkeiten werden zusätzlich als Bürofläche zur Verfügung stehen. Alle Flächen sind barrierefrei gemäß DIN 18040. Der Bedarf für eine sachgerechte Versorgung in Oldentrup lässt sich aus fachlicher Perspektive nicht allein an der Quadratmeteranzahl festmachen. Entscheidend für die Situation in Oldentrup ist aus Sicht der Altenhilfeplanung vielmehr die Tatsache, dass die Personalressourcen wie gewohnt bestehen bleiben und die Angebote somit (wenn auch an einem anderen Ort) nahezu umfänglich und

aufgrund von zwei Stellen auf solider personeller Grundlage fortgeführt werden können.

Antwort auf die 2. Zusatzfrage:

Auch diese Frage wird in enger Abstimmung zwischen der Verwaltung und den Akteuren vor Ort diskutiert. Am wichtigsten erschien den Beteiligten zunächst, die Wochenpläne beider Einrichtungen mit Kursen und Veranstaltungen abzustimmen, um mögliche Kollisionen zu identifizieren. Die Prüfung ergab lediglich punktuelle Überschneidungen, die lösbar sind, wenn sich z. B. einzelne Gruppen in der Wochentagswahl flexibel zeigen. Lediglich Gruppen mit mehr als ca. 55 Teilnehmer*innen müssten voraussichtlich ausweichen (z.B. Mitgliederversammlungen).

Mit Blick auf insgesamt begrenzte Ressourcen (personell, aber auch räumlich) strebt die Verwaltung (nicht nur in Oldentrup) an, bestehende Einrichtungen und Angebote (noch) besser miteinander zu vernetzen und die Kapazitäten in den vorhandenen Räumlichkeiten bestmöglich zu nutzen.

Im angesprochenen Baugebiet am Amerkamp werden darüber hinaus perspektivisch neue Begegnungsorte entstehen, da dort u. a. zwei Wohnprojekte vorgesehen sind, die Gemeinschaftsräume beinhalten werden.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Heepen – 19.03.2026 - öffentlich – TOP 6.1 *

Zu Punkt 6.2

Busverkehre Linie 51 und 53 (alt 101) Schildesche - Brake - Milse (Anfrage von Frau Mann [Einzelvertreterin Bündnis 90/Die Grünen] vom 12.02.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0621/2025-2030

Anmerkung:

Der Text der Anfrage kann hier eingesehen werden:

[SessionNet | Busverkehre Linie 51 und 53 \(alt 101\) Schildesche - Brake - Milse](#)

Dazu liegt folgende Antwort des Amtes für Verkehr vor:

Die Umsetzung des Maßnahmenbündels B6a Linienkonzept Brake (Linien 51 und 53 im 30-Minuten-Takt im Stadtgebiet Bielefeld) wurde als ein Teil des zukünftigen ÖPNV-Ausbaus (gem. DS 10273/2020-2025/1) am 10.7.2025 im Rat der Stadt Bielefeld zur Umsetzung im Jahr 2027 beschlossen.

Die zur Umsetzung der Maßnahme erforderlichen Schritte (u.a. Bestellung und Lieferung eines zusätzlichen Fahrzeuges, Einstellung zusätzlichen Personals, Anpassung betrieblicher Abläufe etc.) werden derzeit durch moBiel vorbereitet.

moBiel und das Amt für Verkehr der Stadt Bielefeld gehen nach derzeitigem Stand weiterhin vorbehaltlich verfügbarer finanzieller Mittel

von einer Umsetzung im Jahr 2027 aus.

Frau Mann (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, es sei unbefriedigend, dass es zwischen der Einstellung des AST-Angebotes nach Brake von den Haltestellen Milse und Schildesche und der Umsetzung des Maßnahmenbündels B6a eine zeitliche Lücke von ca. 2 Jahren gebe.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Heepen – 19.03.2026 - öffentlich – TOP 6.2 *

-.-.-

Zu Punkt 6.3

Entwicklung der Kriminalität und Ursachenbekämpfung im Stadtbezirk Heepen (Anfrage der AfD-Fraktion vom 11.02.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0607/2025-2030

Anmerkung:

Der Text der Anfrage kann hier eingesehen werden:

[SessionNet | Entwicklung der Kriminalität und Ursachenbekämpfung im Stadtbezirk Heepen \(Anfrage der AfD-Fraktion vom 11.02.2026\)](#)

Dazu liegt folgende Antwort des Polizeipräsidiums Bielefeld vor:

Eine regionalisierte Auswertung der polizeilichen Kriminalstatistik in der angefragten Form ist dem PP Bielefeld technisch nicht möglich. Andere Verfahren sind nicht im gleichen Maß valide und auch nur mit hohem Aufwand auswertbar, so dass diese nur in begründeten Einzelfällen Anwendung finden.

Unabhängig davon ist darauf hinzuweisen, dass kommunalpolitisch geschaffene Bereiche von Bezirksvertretungen in der Regel nicht deckungsgleich mit für die Polizei relevanten Kriminalitätsräumen sind. Daher wären bezirksfokussierte Betrachtungen auch nicht zielführend.

Aus einer stichpunktartigen Überprüfung der im Jahr 2025 angezeigten, insgesamt rückläufigen, Straftaten in Bielefeld lassen sich keine Erkenntnisse zu einer grundlegend anderen Entwicklung bei den angefragten Deliktsbereichen im Stadtbezirk Heepen gewinnen.

Im Übrigen weise ich bei dieser Gelegenheit auf die Regelungen der §§ 15 ff. des Polizeiorganisationsgesetzes (POG NRW) hin, die Ausführungen zum Polizeibeirat und seinen Aufgaben machen.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Heepen – 19.03.2026 - öffentlich – TOP 6.3 *

-.-.-

Zu Punkt 6.4

Vorstellung der Ergebnisse des Verkehrsgutachtens für den Betrieb einer Kita in den Gebäuden der ehemaligen Tieplatzschule

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) erklärt, die Bezirksvertretung habe sehr lange auf die Vorlage des Verkehrsgutachtens warten müssen. Das Ergebnis sei aus seiner Sicht ernüchternd. Es sei für ihn nicht nachvollziehbar, warum in dem Gutachten mehrere Kita-Standorte gleichzeitig betrachtet worden seien, das habe aus seiner Sicht die Vorlage des Ergebnisses für den so wichtigen Kita-Standort im Stadtbezirk Heepen zeitlich verzögert.

Im Ergebnis zeige das Verkehrsgutachten, dass die Einrichtung einer Kita aus verkehrlicher Sicht an diesem Standort möglich sei.

Er sei verwundert, dass sich ein Verkehrsgutachten auch zu denkmalschutzrechtlichen Fragen verhalte, die nach seiner Einschätzung auch nicht zutreffend seien. Die Bearbeitung solcher Fragen dürfe nicht dazu führen, dass die Erstellung eines Gutachtens sich dadurch verzögere.

Frau Mann (Bündnis 90/Die Grünen) führt aus, nach Kenntnisnahme des Verkehrsgutachtens könne auch sie keine verkehrlichen Hinderungsgründe für die Errichtung einer Kita in den Gebäuden der ehemaligen Tieplatzschule erkennen. Die sicherheitsrelevanten Gesichtspunkte aus dem Gutachten ließen sich durch Umsetzung entsprechender Maßnahmen beheben.

Sie spricht sich dafür aus, zu betrachten, welche Maßnahmen aus dem Gutachten -unabhängig von der Frage der Realisierung einer Kita an dem Standort- zur Erhöhung der Sicherheit in dem Bereich für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen beitragen könnten. Insoweit könne das Gutachten auch an anderer Stelle noch einmal interessant sein.

Herr Hölker (FDP) hält als Standort für eine Kita -aufgrund der Ergebnisse des Verkehrsgutachtens- die Gebäude der ehemaligen Tieplatzschule für geeigneter als das Grundstück an der Potsdamer Str. 75 (s. TOP 6.5).

Herr Solmaz (Vorsitzender der SPD-Fraktion) merkt an, nach der Vorlage des Gutachtens sei festzustellen, dass sich die Bezirksvertretung in den vorangegangenen Beratungen zu diesem Thema richtig positioniert habe, den möglichen Kita-Standort Tieplatzschule (noch) nicht aufzugeben.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Heepen – 19.03.2026 - öffentlich – TOP 6.4 *

-.-.-

Zu Punkt 6.5

Informationen zur Deckung des Bedarfes an Kindergartenplätzen durch den Standort an der Potsdamer Straße 75

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0573/2025-2030

(zeitlich nach TOP 8 behandelt)

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung sowie die ergänzenden Stellungnahmen des Amtes für Verkehr und des Amtes für Jugend und Familie -Jugendamt- zur heutigen Sitzung. Er begrüßt Frau Strohbücker und Frau Brandis vom Jugendamt zur Berichterstattung.

Auf Nachfrage von Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher, ob die Verwaltung stets mit einer Stimme spreche, erklärt Herr Bittner, dass zu den verkehrlichen Fragen hinsichtlich des potenziellen Kita-Standortes das Amt für Verkehr als Fachamt der Oberbürgermeisterin Stellung genommen habe.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf die bereits in der letzten Sitzung geäußerten Bedenken der Bezirksvertretung zu der verkehrlichen Situation der geplanten Kita an der Potsdamer Straße. Es sei für die Entscheidung der Bezirksvertretung wichtig, dass die Verwaltung bewerte und damit auch verantworte, ob der Standort aus verkehrlicher Sicht vertretbar sei.

Herr Solmaz (Vorsitzender der SPD-Fraktion) bedankt sich bei der Verwaltung zunächst für die zur heutigen Sitzung vorgelegten ergänzenden Stellungnahmen zur Beschlussvorlage. Trotz der schriftlichen Maßnahmenvorschläge des Amtes für Verkehr verbleibe es bei den verkehrlichen Herausforderungen an diesem Standort. Auch wenn seine Fraktion dem Standort aufgrund des hohen Bedarfs an Kita-Plätzen in diesem Bereich zustimmen könne, sehe er aber weiterhin Klärungsbedarf bei der Erschließungssituation. Die Stellplatzfrage für ein Bringen und Abholen der Kinder sei weiterhin nicht zufriedenstellend gelöst. Er rege daher an, dass die Verwaltung darauf hinwirke, in unmittelbarer Nähe der Kita mindestens sechs geeignete Stellplätze auszuweisen bzw. zu schaffen, um eine sichere und praktikable Bring- und Abholsituation zu gewährleisten. Auch er sehe hier die Verantwortung bei der Verwaltung.

Abschließend bittet er das Amt für Verkehr künftig bei vergleichbaren Vorhaben der Bezirksvertretung frühzeitig eine belastbare und abschließende Stellungnahme zur verkehrlichen Situation vorzulegen.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) fragt nach, ob das Jugendamt -unter Berücksichtigung der vorliegenden Stellungnahme des Amtes für Verkehr- den Standort an der Potsdamer Str. 75 für eine Kita als geeignet bzw. umsetzbar bewerte, beispielsweise auch vor dem Hintergrund eines Fußweges von rd. 300 m von der Elternhaltestelle zur Kita. Zudem bittet er um Auskunft, ob das Jugendamt die Forderung der Bezirksvertretung nach sechs bis sieben weiteren Stellplätzen in räumlicher Nähe, ggf. mit Unterstützung anderer Investoren im Umfeld, zu einer wichtigen Bedingung im weiteren Prozess erkläre.

Herr Sahm (AfD-Fraktion) bedankt sich für die Stellungnahmen der Fachämter und erklärt, damit seien zwei wesentliche Kritikpunkte seiner Fraktion an dem Standort ausgeräumt worden, zum einen das sichere Ein- und Ausfahren, zum anderen die Sicherstellung eines angemessenen Lärmschutzes. Für den Standort Potsdamer Straße

könne seine Fraktion den Beschluss mittragen. Zukünftig bittet er jedoch darum, Kita-Standorte in einem verkehrlich weniger stark frequentierten Bereich zu wählen.

Frau Brandis nimmt Bezug auf die Fragen von Herrn Dr. Elsner und erklärt, aus jugendhilfeplanerischer Sicht sei der Standort geeignet. Dieser könne den Bedarf für mehrere Bereiche abdecken, die bislang nicht auskömmlich versorgt seien, so auch der angrenzende Bereich „Am Dreierfeld“. Hinsichtlich der Beurteilung der verkehrlichen Eignung des Standortes verweist sie auf die Ausführungen des Amtes für Verkehr, welches den Standort für eine Kita grundsätzlich als geeignet einstufe. Die Bedingung, zusätzliche Stellplätze zu schaffen, könne das Jugendamt nicht aussprechen. Dies sei rechtlich nicht möglich. Sie verweist auf die baurechtlichen Vorgaben zu der Anzahl der vorzuhaltenden Stellplätze für Bauvorhaben. Diese Vorgabe werde vom Investor eingehalten, zusätzliche Stellplätze könnten seitens des Jugendamtes nicht zur Bedingung gemacht werden. Dennoch könne gemeinsam mit dem Amt für Verkehr nach Lösungen gesucht werden. Der Investor habe darüber hinaus seine Bereitschaft signalisiert, zu prüfen, inwieweit er weitere Stellplätze auf dem Grundstück realisieren könne. Dies bedinge eine Neuplanung, da das Gebäude ggf. auf dem Grundstück an anderer Stelle verortet werden müsse.

Herr Bittner verweist auf die Aussage des Amtes für Verkehr, dass der Standort Potsdamer Str. 75 von dort grundsätzlich als geeignet für eine Kita eingestuft werde und keine grundlegenden Hinderungsgründe gesehen würden. In einer Analyse des verkehrlichen Umfeldes des Standortes seien geeignete Maßnahmen für eine sichere Führung des Rad- und Fußverkehrs sowie die Abwicklung des Hol- und Bringverkehrs untersucht, entwickelt und in der Stellungnahme vom 09.03.2026 zusammengefasst worden.

Auf Nachfrage von **Frau Mann** (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt Frau Brandis, dass seitens der Jugendhilfeplanung keine verlässliche Einschätzung dazu gegeben werden könne, wie hoch der Anteil der (künftigen) Eltern sei, die ihre Kinder nicht mit dem PKW zur Kita bringen würden. Die Jugendhilfeplanung gehe davon aus, dass es einen Bedarf an Kita-Plätzen im benachbarten Bereich „Am Dreierfeld“ gebe, welcher fußläufig gelegen sei. Zudem verweist sie auf die -auf Höhe der Kita gelegenen- Bushaltestelle und damit auf eine gute ÖPNV-Anbindung der Einrichtung.

Herr Dr. Elsner erklärt, er habe die Ausführungen dahingehend verstanden, dass das Jugendamt hinsichtlich des Betriebs einer Kita an dem Standort keine Bedenken aufgrund der verkehrlichen Situation - unter Berücksichtigung der Maßnahmenvorschläge des Amtes für Verkehr- sehe. Für den Standort Potsdamer Str. sei wichtig, weitere Stellplätze zur Entspannung der Bringsituation zu generieren.

Für die Versorgung des Bereichs „Am Dreierfeld“ sei dies aus seiner Sicht ein guter Standort. Seine Fraktion könne dem weiteren Vorgehen an diesen Standort zustimmen.

Abschließend nimmt er Bezug auf die Erörterung zum Verkehrsgutachten für einen möglichen Kita-Standort in den ehemaligen Gebäuden der

Tieplatzschule (s. TOP 6.4). Danach sei an diesem Standort die Einrichtung einer Kita aus verkehrlicher Sicht gut möglich sei.

Frau Mann fragt nach, wer die Kosten trage, falls zur Schaffung weiterer Stellplätze ein Grunderwerb zu tätigen sei.

Des Weiteren gibt sie zu bedenken, dass auch ggf. der Standort an der Potsdamer nicht zwangsläufig zügiger umzusetzen sei als der an der Tieplatzschule, wenn beispielsweise von den Anwohner der künftigen Kita Einwendungen vorgebracht würden. So sei es aus ihrer Sicht denkbar, dass Eltern eine Abkürzung zur Kita über den Huttelweg suchen würden. Sie fragt nach, ob der Prozess zur Umsetzung der Kita hier ggf. mehr Zeit in Anspruch nehmen könnte als geplant.

Herr Bittner erwidert, dass grundsätzlich bei anstehenden Änderungen mit gewissen Widerständen zu rechnen sei. Anwohner könnten hier im bauordnungsrechtlichen Verfahren ihre Bedenken geltend machen. Aus seiner Sicht gebe es an diesem Standort keine andere Gemengelage als an anderen potenziellen Kita-Standorten.

Herr Sahm weist darauf hin, dass auch für Mitarbeitende der Kita i.d.R. Stellplätze vorzusehen seien.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher fasst die Diskussion dahingehend zusammen, dass die Bezirksvertretung den potenziellen Standort einer Kita in den ehemaligen Gebäuden der Tieplatzschule nicht aufgeben werde, sondern dort weiterhin die Möglichkeit der Einrichtung einer Kita sehe.

Hinsichtlich des Standortes einer Kita an der Potsdamer Str. 75 bittet die Bezirksvertretung die Verwaltung, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um weitere Stellplätze sowie Möglichkeiten zur Verbesserung der Bring- und Abholsituation zu schaffen.

Herr Bittner nimmt Bezug auf den Maßnahmenvorschlag des Amtes für Verkehr zur sicheren Querung des Huttelwegs sowie der Theodor-Storm-Straße jeweils eine Gehwegüberfahrt an den Einmündungen zum Heeperholz zu errichten. Darüber hinaus sei die Anlage einer Gehwegüberfahrt an der Einmündung Am Dreierfeld/Potsdamer Straße vorgeschlagen worden. Er nimmt Bezug auf den Hinweis des Amtes für Verkehr, dass die Anlage von Gehwegüberfahrten an vorfahrtgeregelten Einmündungen bereits im Status Quo durch politischen Beschluss initiiert werden könne.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

- 1. Die Bezirksvertretung Heepen begrüßt den Vorschlag der Verwaltung, am Standort Potsdamer Straße 75 eine fünfgruppige Kindertageseinrichtung zu planen, um den dringenden Bedarf an Kita-Plätzen im Ortskern von Heepen zu decken.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, alle notwendigen Schritte einzuleiten, um die Realisierung des Vorhabens am Standort Potsdamer Straße 75 zu ermöglichen.**

Dabei sind alle vom Amt für Verkehr in der Stellungnahme zur verkehrlichen Erschließung des Standortes vom 09.03.2026 unterbreiteten Maßnahmenvorschläge auszuschöpfen, um einen sicheren und ordnungsgemäßen Betrieb einer Kindertageseinrichtung zu gewährleisten.

Die Planungen zur Verbesserung der Querungssituation durch drei neu einzurichtende Gehwegüberfahrten an den Einmündungen Huttelweg/Heeperholz, Theodor-Storm-Straße/Heeperholz sowie Am Dreierfeld/Potsdamer Str. sind zu erarbeiten und der Bezirksvertretung vorzustellen.

3. Die Bezirksvertretung sieht - unabhängig von der Realisierung einer Kita an dem Standort Potsdamer Str. 75 - in den ehemaligen Gebäuden der Tieplatzschule auch weiterhin einen potenziellen Standort für eine Kindertageseinrichtung im Wohnbereich Heepen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 19.03.2026 - öffentlich – TOP 6.5 *

Zu Punkt 7 Anträge

Zu Punkt 7.1 Einrichtung eines Arbeitskreises zum Bebauungsplan Brake-West (gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 10.03.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0852/2025-2030

(zeitlich nach TOP 6.4 behandelt)

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU und SPD.

Anmerkung:

Der Text des Antrages kann hier eingesehen werden:

[SessionNet | Einrichtung eines Arbeitskreises zum Bebauungsplan Brake-West](#)

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) nimmt Bezug auf die Begründung des Antrages und führt ergänzend aus, dass sich die Bezirksvertretung bislang sehr intensiv in das Bebauungsplanverfahren eingebracht habe. Aus seiner Sicht gehe es jedoch seit Längerem nicht mehr in dem Tempo voran, wie dies aus Sicht der Bezirksvertretung möglich wäre, wie z.B. bei der Auswertung vorliegender Gutachten. Daher sei es sinnvoll, das Verfahren im Rahmen eines Arbeitskreises weiter voranzubringen.

Dabei sehe er es als eine wesentliche Aufgabe des Arbeitskreises an, einen relativ verlässlichen Zeitplan zu den weiteren Planungsschritten zu beraten und bittet die Verwaltung diesen vorab zu erstellen. Er regt an, diesen Aspekt im Antrag zu ergänzen.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen eines anlassbezogenen Arbeitskreises gemeinsam mit der beteiligten Verwaltung und dem Projektentwickler direkt nach den Osterferien zu dem Sachstand des Bebauungsplans Brake-West zu berichten und *dort* einen *vorab zu erstellenden* Zeitplan für die weiteren Planungsschritte zu beraten.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 19.03.2026 - öffentlich – TOP 7.1*

Zu Punkt 7.2

Bestandsaufnahme und Sanierungsplan der Verkehrswege im Stadtbezirk Heepen
(Antrag der CDU-Fraktion vom 10.03.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0854/2025-2030

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion zum Thema „Bestandsaufnahme und Sanierungsplan der Verkehrswege im Stadtbezirk Heepen“ sowie den vorliegenden Änderungsantrag der AfD-Fraktion.

Anmerkung:

Der Text der Anträge kann hier eingesehen werden:

DS 0854/2025-2030: [SessionNet | Bestandsaufnahme und Sanierungsplan der Verkehrswege im Stadtbezirk Heepen](#)

DS: 0964/2025-2030: [SessionNet | Änderungsantrag der AfD-Fraktion vom 17.03.2026 zu Drucks.-Nr. 0854/2025-2030](#)

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) nimmt Bezug auf die Begründung des Antrages und führt ergänzend aus, die Bezirksvertretung habe in der Vergangenheit immer wieder einzelne Maßnahmen betrachtet, bei denen Investitionen sinnvoll seien, um die Verkehrssicherheit im Allgemeinen zu erhöhen. Davon betroffen seien nicht Maßnahmen der Verkehrssicherungspflicht.

Seine Fraktion spreche sich dafür aus, die nach dem Winter aufgetretenen erheblichen Beschädigungen an öffentlichen Verkehrswegen, die nicht unter die Verkehrssicherungspflicht fallen, systematisch zu erfassen, zusammenzutragen und anschließend durch die Bezirksvertretung im Rahmen einer Arbeitsgruppe zu priorisieren.

Zu dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion merkt er an, dort werde angeregt, auch die Beleuchtung zu evaluieren und darüber hinaus, dort wo es nötig sei, auch einen Ausbau dieser zu planen. Diese Erweiterung passe inhaltlich nicht zu dem Antrag seiner Fraktion, so dass er dem Änderungsantrag nicht zustimmen könne. Bislang sei der Aspekt der Beleuchtung stets separat von der Bezirksvertretung betrachtet und

priorisiert worden. Ein Ausbau von Beleuchtung gehe zudem über die beantragten Maßnahmen hinaus. Er gibt auch zu bedenken, dass diese Aufgabe im Amt für Verkehr von einem anderen Abschnitt bearbeitet werde.

Herr Dr. Sander (Vorsitzender der AfD-Fraktion) stimmt den Ausführungen von Herrn Dr. Elsner grundsätzlich zu, erklärt aber, seine Fraktion halte an dem Änderungsantrag und damit der Aufnahme der Beleuchtung in den Prüfauftrag der Verwaltung fest. Sofern eine Bestandsanalyse durchgeführt werde, könne der Aspekt der Beleuchtung mitbearbeitet werden, da dies auch ein wesentlicher Aspekt der Verkehrssicherheit sei, wie die Beleuchtungssituation im Bereich der Straße Rabenhof zeige. Die Bearbeitung dieses Aspektes könne, auch wenn ein anderer Abschnitt im Amt für Verkehr zuständig sei, mit eingebunden werden.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die regelmäßige Beratung des Themas „Beleuchtung“ im Arbeitskreis Tiefbau/Verkehr/Planung, die auch in diesem Jahr wieder anstünde. Insoweit erfolge dort ein Bericht des Amtes für Verkehr.

Herr Solmaz (Vorsitzender der SPD-Fraktion) erklärt, seine Fraktion könne dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen.

Zu dem Änderungsantrag führt er aus, selbstverständlich sei es wichtig, dass Beleuchtung funktioniere. Er habe allerdings nicht den Eindruck, dass dies im Stadtbezirk nicht gegeben sei bzw. sofern ein Ausfall von Beleuchtung gemeldet werde, diese zügig wieder in Stand gesetzt werde. Seine Fraktion werde dem Änderungsantrag an dieser Stelle nicht zustimmen, gleichwohl werde das Thema im Arbeitskreis entsprechend thematisiert. Er verweist auf die jeweils jährlich beschlossene Prioritätenliste der Bezirksvertretung zu diesem Thema.

Herr Dr. Sander merkt an, dass es seiner Fraktion nicht nur um den Ausfall von Beleuchtung gehe, sondern dort, wo nötig, auch um die Optimierung, wie z.B. am Rabenhof, wo die Effektivität der Beleuchtung durch Bäume beeinträchtigt werde.

Herr Dr. Elsner betont noch einmal, Anlass für den Antrag seiner Fraktion seien die durch den Winter bzw. den damit einhergehenden Frost hervorgerufenen Straßenschäden. Der mögliche Ausbau von Beleuchtung sei aus seiner Sicht ein Thema zur Beratung im Arbeitskreis.

Frau Klemme-Linnenbrügger (SPD-Fraktion) regt an, das Thema Beleuchtung als ordentlichen Tagesordnungspunkt in die Sitzung des anlassbezogenen Arbeitskreises Tiefbau/Verkehr/Planung aufzunehmen.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher fragt nach, ob der Antragsteller mit einer Verweisung in den Arbeitskreis einverstanden sei.

Herr Dr. Sander erklärt, seine Fraktion halte den Änderungsantrag aufrecht. Eine Behandlung des Themas im Arbeitskreis werde begrüßt.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher lässt zunächst über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion (DS 0964/2025-2030) abstimmen:

Dafür: 4
Dagegen: 11
Enthaltungen: 0

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

Anschließend lässt Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher über den Antrag der CDU-Fraktion (DS 0854/2025-2030) abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, nach dem Winter im Rahmen der üblichen Kontrollen eine Bestandsaufnahme über die Beschädigungen (z.B. durch Frost) von öffentlichen Verkehrswegen (Straßen, Rad- und Fußwegen) im Stadtbezirk zu machen und einen Sanierungsplan für die Fälle, die nicht unter die Verkehrssicherungspflicht fallen zu erarbeiten. Diese Pläne sollen der Bezirksvertretung im Rahmen einer Arbeitskreissitzung zur Priorisierung vorgelegt werden.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 19.03.2026 - öffentlich – TOP 7.2*

-.-.-

Zu Punkt 7.2.1 Änderungsantrag der AfD-Fraktion vom 17.03.2026 zu Drucks.-Nr. 0854/2025-2030

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0964/2025-2030

Anmerkung:

Der Text des Antrages kann hier eingesehen werden:

[SessionNet | Änderungsantrag der AfD-Fraktion vom 17.03.2026 zu Drucks.-Nr. 0854/2025-2030](#)

Die Beratung erfolgt unter TOP 7.2

Zu Punkt 7.3 Einrichtung eines Bolzplatzes im Bereich Moenkamp (Antrag der SPD-Fraktion vom 10.03.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0865/2025-2030

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion.

Anmerkung:

Der Text des Antrages kann hier eingesehen werden:

[SessionNet | Einrichtung eines Bolzplatzes im Bereich Moenkamp](#)

Herr Solmaz (Vorsitzender der SPD-Fraktion) nimmt Bezug auf die Begründung und führt ergänzend aus, dass die Verwaltung gebeten

werde, zu prüfen, welche Möglichkeiten es gebe, einen Bolzplatz im Bereich Moenkamp anzulegen. Im Umfeld bestehe insbesondere für Kinder und Jugendliche ein Bedarf an wohnortnahen Freizeit- und Bewegungsmöglichkeiten. Ein Bolzplatz biete eine niedragschwellige Möglichkeit für sportliche Betätigung und Begegnung im öffentlichen Raum.

Herr Gipper (AfD-Fraktion) erklärt, aufgrund seiner Ortskenntnisse vertrete er die Auffassung, dass im Bereich Moenkamp ausreichend Spielplatzflächen vorhanden seien. So befinde sich am Ende der Endhaltestelle der Stadtbahn eine große Freifläche. Zudem gebe es im Umfeld zwei große Sportplätze.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher weist darauf hin, dass die Sportplätze nur von Vereinsmitgliedern genutzt werden könnten. Es gehe hier um das „freie“ Bolzen. Ein Bolzplatz werde auch rechtlich gesichert und gehe damit über eine reine Wiese hinaus.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung bittet die Verwaltung zu prüfen, welche geeignete Fläche im Umfeld Moenkamp für die Einrichtung eines Bolzplatzes zur Verfügung steht.

Dafür: 11
Dagegen: 0
Enthaltungen: 4

- mit großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen -

* BV Heepen – 19.03.2026 - öffentlich – TOP 7.3*

-.-.-

Zu Punkt 7.4

Angebote des Freizeitentrums Baumheide (Antrag der SPD-Fraktion vom 10.03.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0866/2025-2030

Anmerkung:

Der Text des Antrages kann hier eingesehen werden:

[SessionNet | Angebote des Freizeitentrums Baumheide](#)

Herr Solmaz (Vorsitzender der SPD-Fraktion) führt aus, dass Bürgerinnen und Bürger in Gesprächen immer wieder thematisieren, wie sich das Angebot des Freizeitentrums durch den Umbau verändert habe und beispielsweise Angebote nicht mehr oder nicht mehr in der Form, wie sie vor dem Umbau

vorgehalten worden seien, existierten. Um dies sachlich einordnen zu können, werde die Verwaltung um eine Gegenüberstellung der Angebote und Nutzungen vor und nach dem Umbau gebeten.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) verweist auf die Anfrage seiner Fraktion in der letzten Sitzung zu diesem Thema (BV Heepen, 19.02.2026, DS 0559/2025-2030, TOP 4.4) und erklärt, seine Fraktion könne dem Antrag zustimmen. Darüber hinaus sei es ggf. auch sinnvoll, dass das Freizeitzentrum prüfe, wie die Angebote besser dargestellt werden könnten, um in der Öffentlichkeit ein größeres Maß an Transparenz zu schaffen.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, die Angebote und Nutzungen des FZZ vor und nach dem Umbau gegenüberzustellen, dargestellt in Zahlen und Angeboten.

- einstimmig beschlossen –

* BV Heepen – 19.03.2026 - öffentlich – TOP 7.4*

-.-.-

Zu Punkt 8 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW

Zu Punkt 8.1 Anregung zur Verkehrssituation im Heeper Ortskern vom 19.02.2026

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die vorliegende Anregung zur Verkehrssituation im Heeper Ortskern und regt an, diese an die Verwaltung mit der Bitte um Prüfung weiterzuleiten.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) führt aus, dass die Anregung zwei Aspekte umfasse.

In Bezug auf die Ausführungen zur verkehrlichen Situation im Heeper Ortskern schlägt er vor, die Hinweise und Anregungen an die Verwaltung mit der Bitte weiterzuleiten, diese in den weiteren Prozess zur verkehrlichen Umgestaltung des Heeper Ortskern, welcher intensiv von der Bezirksvertretung begleitet werde, einfließen zu lassen.

Zum anderen gehe aus dem Schriftverkehr hervor, dass Behörden nicht auf die Anregungen der/des Eingebenden reagiert hätten. Hier bittet er um Weiterleitung an die zuständige Behörde mit der Bitte um Stellungnahme.

Es ergeht folgender

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird gebeten, die in der Eingabe vorgetragenen Anregungen zur verkehrlichen Situation im Heeper Ortskern im weiteren Prozess zur verkehrlichen Umgestaltung dieses Bereiches zu prüfen und ggf. aufzunehmen.

2. Die Verwaltung wird gebeten, mit der Polizei Bielefeld wegen der noch ausstehenden Rückmeldung Kontakt aufzunehmen.

-einstimmig beschlossen-

* BV Heepen – 19.03.2026 - öffentlich – TOP 8.1*

-.-.-

Zu Punkt 9

Vorstellung der Gestaltungsentwürfe für die Lärmschutzwände im Zuge der Baumaßnahme L 712n

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher begrüßt Herrn Kuchenbecker, Herr Wild und Herrn Guthy vom Landesbetrieb Straßenbau NRW zur Berichterstattung.

Herr Wild, Abteilungsleiter Bau in der Regionalniederlassung Ostwestfalen-Lippe des Landesbetriebes Straßenbau NRW, berichtet, dass sich der Landesbetrieb bezüglich der Planung der Lärmschutzwände (LSW) im Zuge der Baumaßnahme L 712n mit der Stadt Bielefeld im Austausch befände. In diesem Zuge sei der Landesbetrieb gebeten worden, die Konzepte für die LSW der Bezirksvertretung vorzustellen.

Herr Wild gibt zunächst einen kurzen Überblick über die Baumaßnahme L 712n – IV. Bauabschnitt, insbesondere über den zeitlichen Ablauf der Planfeststellung sowie den Umfang der Baumaßnahme. Er führt aus, dass für den Neubau von ca. 2.000 m Lärmschutzwände ein Gestaltungskonzept beauftragt worden sei.

Herr Kuchenbecker (Projektingenieur) erläutert im Folgenden dieses Gestaltungskonzept anhand einer PowerPoint Präsentation, die im System einsehbar ist. Das beauftragte Architekturbüro habe beim Gestaltungsentwurf insgesamt zwei Varianten erarbeitet, die sich lediglich in der Farbgestaltung unterscheiden. In der Variante 2 (s. Seiten 6 – 7) seien die Farben bunter / kräftiger gewählt, während in der Variante 1 (s. Seiten 4 – 5) der Farbton eher natürlich / schlichter gehalten sei. In einer Visualisierung (s. Seiten 8 – 10) seien die Farbunterscheide der beiden Varianten noch einmal gegenübergestellt.

Herr Wild ergänzt, dass es sich bei beiden Varianten um LSW aus Aluminium handele. Diese Ausführung sei wegen der Dauerhaftigkeit des Materials und damit auch im Hinblick auf den Unterhaltungsaufwand gewählt worden. Die Farbgestaltung könne dabei intensiver oder naturnaher erfolgen. Es sei mit der Stadt Bielefeld vereinbart worden, bezüglich der Farbgestaltung die Bielefelder Interessen mit einzubinden.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher bedankt sich für die Präsentation und fragt nach, ob ggf. noch die Möglichkeit bestehe, das Material zu ändern und beispielsweise bepflanzte LSW zu wählen.

Herr Wild erläutert dazu, dass diese beiden Varianten in der Ausführung so festgelegt seien. Erfahrungsgemäß würden LSW aus Holz, die ggf. optisch ansprechender seien, einen höheren Unterhaltungsaufwand verursachen. Schäden durch verrottendes Holz seien nur mit einem hohem Aufwand zu beseitigen.

Frau Klemme-Linnenbrügger (SPD-Fraktion) fragt nach, ob der Landesbetrieb mit der Deutschen Bahn bzgl. der möglichen Schnellbahntrasse im Rahmen des geplanten Deutschlandtaktes (Bahnprojekt Hannover-Bielefeld) in Kontakt stehe bzw. inwieweit es hier eine Abstimmung gebe.

Herr Guthy (Projektleiter) führt dazu aus, dass für die Baumaßnahme L712n ein Planfeststellungsbeschluss bestehe, der verbindlich sei. Herr Wild ergänzt, dass es diesbezüglich bereits mehrere Anfragen -auch auf Landesebene- gegeben habe. Die DB könne zwar Planungen in dem Bereich des Knotenpunktes in Betracht ziehen, müsse dabei aber die künftige Trasse der L712n aufgrund des Planfeststellungsbeschlusses berücksichtigen.

Auf Nachfrage von Frau Lammel (SPD-Fraktion), ob sich die beiden vorgestellten Varianten aufgrund der farblich differierenden Gestaltung auch kostenmäßig unterscheiden, erklärt Herr Guthy, dass bei beiden Varianten mit den gleichen Kosten zu rechnen sei.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) fragt nach, ob hinsichtlich der Farbwahl eine Beteiligung der Bürger*innen geplant sei oder ein Beschluss der Bezirksvertretung erfolgen solle. Herr Wild erwidert, er gehe davon aus, dass die Bezirksvertretung ein Votum abgeben könne und ggf. der Stadtentwicklungsausschuss final beschließe.

Auf Nachfrage von Frau Mann (Bündnis 90/Die Grünen) führt Herr Guthy aus, dass es keine Erfahrungswerte hinsichtlich der Farbwahl gebe, hier könne jeder nach seinen persönlichen Präferenzen wählen.

Herr Sahm (AfD-Fraktion) merkt hinsichtlich der Planungen der DB an, dass diese aktuell die Variante V3 favorisiere. Es sei jedoch nicht erkennbar, ob die L 712n davon berührt werde, da die Variante sich über einen Flächenkorridor erstrecke.

Herr Dr. Elsner spricht sich hinsichtlich der Farbwahl für die LSW für Variante 1 mit den eher gedeckt gehalten Farben (vorrangig beige) aus. Er gehe davon aus, dass die LSW zum Teil auf einem Wall verortet werde, der ggf. begrünt werde, so dass sich nach seiner Einschätzung eine farblich auffällige LSW zu sehr abheben würde. Dies ginge seiner Ansicht nach über eine Akzentuierung hinaus.

Herr Solmaz (Vorsitzender der SPD-Fraktion) schließt sich dem Votum von Herrn Dr. Elsner an und spricht sich ebenfalls für die Variante 1 aus.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher gibt zu bedenken, dass die LSW ständig im Blickfeld erscheine. Deshalb halte auch er eine farblich hervortretende Variante für nicht geeignet.

Auf Nachfrage von Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher führt Herr Wild abschließend zum Sachstand Milser Brücke aus, dass nach derzeitigem Stand im Frühsommer mit einer Wiederaufnahme des Baubetriebs zu rechnen sei.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Heepen spricht sich im Rahmen des Gestaltungskonzeptes der Lärmschutzwände der L712n -IV. Bauabschnitt- für eine Umsetzung der Variante 1 aus.

-einstimmig beschlossen-

* BV Heepen – 19.03.2026 - öffentlich – TOP 9*

-.-.-

Zu Punkt 10

**Bebauungsplan Nr. III/A 20 "Gewerbegebiet südlich der Vinner Straße und östlich der Straße Kreuzbusch einschließlich einer Fläche nördlich des Vogelbachs"
und Flächennutzungsplan, 269. Änderung "Gewerbegebiet südlich der Vinner Straße und östlich der Straße Kreuzbusch einschließlich einer Fläche nördlich des Vogelbachs"**

- Stadtbezirk Heepen -

Entwurfs- und Veröffentlichungsbeschlüsse

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0612/2025-2030

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Beschlussvorlage des Bauamtes.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) begrüßt die Erweiterung des Gewerbegebietes, die eine sinnvolle Arrondierung des Bereiches darstelle.

Er bittet im weiteren Verfahren um Prüfung, ob die Festsetzung von wasserdurchlässigen Oberflächen bzw. Materialien für dieses Gebiet aufgrund der tonig-lehmigen Bodenverhältnisse sinnvoll sei, d.h. ob das Versickern des Wassers über einen wasser- und luftdurchlässigen Aufbau (z.B. mit Rasensteine) nicht oder nur sehr bedingt möglich sei. Dieser Aspekt sei auch bereits im Rahmen der Bürgerbeteiligung thematisiert worden.

Frau Klemme-Linnenbrügger (SPD-Fraktion) nimmt Bezug auf die Ausführungen der Autobahn GmbH des Bundes vom 17.02.2025 im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange (s. Anlage 4, S. 17 ff.). Von dort seien Bedenken hinsichtlich der Planung geäußert worden. Mit der Fertigstellung der L 712n und dem Lückenschluss zur B 61 stelle sich aus Sicht der Autobahn

GmbH die Frage, ob ggf. ein Ausbau der Anschlussstelle Ostwestfalen-Lippe zur Sicherung der Leistungsfähigkeit erforderlich werde. Aufgrund des benötigten Flächenbedarfes für einen Ausbau werde es lt. Autobahn GmbH zu einem Konflikt mit der Erweiterung des Gewerbegebietes kommen. Die Verwaltung habe dazu Stellung genommen (s. Seite 17 ff). Sie fragt nach, inwieweit die Antwort der Verwaltung rechtssicher sei.

Herr Bittner erläutert, dass die Verwaltung hierzu einen Fachanwalt hinzugezogen habe und die Sichtweise der Autobahn GmbH nicht teile. Es liege keine konkrete Planung für eine Erweiterung der Anschlussstelle vor. Die Autobahn GmbH habe grundsätzlich die Möglichkeit, Rechtsmittel gegen die Satzung einzulegen oder ggf. zu einem späteren Zeitpunkt durch einen Planfeststellungsbeschluss eine Änderung herbeizuführen.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Heepen empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss zu beschließen:

- 1. Der Bebauungsplan Nr. III/A 20 „Gewerbegebiet südlich der Vinner Straße und östlich der Straße Kreuzbusch einschließlich einer Fläche nördlich des Vogelbachs“ für das Gebiet südlich der Vinner Straße und östlich der östlichen Bebauung am Remusweg wird mit dem Text und der Begründung als Entwurf beschlossen.**
- 2. Gleichzeitig wird die 269. Änderung des Flächennutzungsplanes „Gewerbegebiet südlich der Vinner Straße und östlich der Straße Kreuzbusch einschließlich einer Fläche nördlich des Vogelbachs“ im Parallelverfahren laut Änderungsplan und Begründung als Entwurf beschlossen.**
- 3. Die Entwürfe des Bebauungsplanes und der Änderung des Flächennutzungsplanes sind mit den Begründungen und den wesentlichen umweltbezogenen Stellungnahmen für die Dauer eines Monats, mindestens jedoch für die Dauer von 30 Tagen, gemäß § 3 Absatz 2 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) im Internet zu veröffentlichen. Zusätzlich zur Veröffentlichung im Internet sind die Unterlagen gemäß § 3 Absatz 2 Satz 2 BauGB öffentlich auszulegen. Vor Beginn der Veröffentlichungsfrist hat die ortsübliche Bekanntmachung gemäß § 3 Absatz 2 Satz 4 BauGB mit den erforderlichen Angaben und Hinweisen zu erfolgen.**
- 4. Parallel zur Auslegung sind die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Absatz 2 BauGB zu beteiligen.**

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 19.03.2026 - öffentlich – TOP 10*

-.-.-

Zu Punkt 11 Festlegung des Ausbaustandards für die verkehrliche Erschließung des Bebauungsplangebiets III/O 17 „Wohnen westlich des Ostrings, beidseits des Bentruperheider Weges“

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0474/2025-2030

zurückgezogen

* BV Heepen – 19.03.2026 - öffentlich – TOP 11*

-.-.-

Zu Punkt 12 Zugerweiterungen sowie OGS-Erweiterungen an Bielefelder Grundschulen hier: Grundschule Wellbach (Pos. 53, städtisches Bauprogramm)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0841/2025-2030

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Frau Lammel (SPD-Fraktion) erläutert die Notwendigkeit der Zugerweiterung und den vorhandenen Raumbedarf an dem Grundschulstandort.

Es sei vorteilhaft, dass der Systembau nah an dem vorhandenen Grundschulgebäude verortet werde.

Herr Dr. Elser (Vorsitzender der CDU-Fraktion) begrüßt die Planung ebenfalls. Wichtig sei, dass diese zügig umgesetzt werde.

Herr Bittner berichtet, dass das Amt für Schule mit den Schulleitungen beider Schulen bezüglich der Nutzung der jetzt überplanten Sportfläche Kontakt aufgenommen habe.

In der Praxis habe sich herausgestellt, dass die tatsächliche Nutzbarkeit der Spielfläche stark eingeschränkt sei. Durch die starke Verschattung und die daraus resultierende dauerhafte Feuchtigkeit sei die Fläche rutschig und für den Ballsport durch die Grundschule nur eingeschränkt nutzbar.

Für die Realschule sei der Fußballplatz aufgrund der Lage hinter dem Schulgebäude der Wellbachschule nicht nutzbar. Einerseits sei der Platz zu weit vom Schulgelände der Realschule entfernt, um in den Pausenzeiten sinnvoll genutzt werden zu können. Andererseits sei der Platz dann wiederum zu nah am Schulgebäude der Grundschule, so dass eine Nutzung im Rahmen des Sportunterrichts der Realschule den Unterrichts- und OGS-Betrieb der Wellbachschule stören würde.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Heepen beschließt den Erweiterungsbau (OGS-Erweiterung) als 3-geschossigen Systembau am vorgeschlagenen Standort auf dem Sportfeld westlich des bestehenden Schulgebäudes.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 19.03.2026 - öffentlich – TOP 12*

-.-.-

Zu Punkt 13

Zugerweiterungen sowie OGS-Erweiterungen an Bielefelder Grundschulen hier: Grundschule Heeperholz (Pos. 93, städtisches Bauprogramm)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0881/2025-2030

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Frau Lammel (SPD-Fraktion) begrüßt die hier vorgelegte Planung ausdrücklich. Zwar sei die Schulhoffläche in der Übergangsphase begrenzt, aber nach Abriss des Altgebäudes werde ein sehr ansprechender Schulhof entstehen können.

Auch Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) zeigt sich erfreut über die vorgelegte Planung.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Heepen beschließt den Erweiterungsbau (Zugerweiterung) als 3-geschossigen Systembau am vorgeschlagenen Standort inklusive Rückbau des Bestandsgebäudes und nach Fertigstellung des Neubaus.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 19.03.2026 - öffentlich – TOP 13*

-.-.-

Zu Punkt 14

Aufhebung des gebundenen Ganztags für die Primarstufe der Ernst-Hansen-Schule und Einrichtung der OGS zum Schuljahr 2026/2027

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0590/2025-2030

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) erklärt, aus der Vorlage sei ersichtlich, dass sich die Schule für die Aufhebung des gebundenen Ganztags ausgesprochen habe. Er verweist auf den Beschluss der Schulkonferenz der Ernst-Hansen-Schule, wonach sich diese ab dem Schuljahr 2026/27 einstimmig für die Gründung einer OGS für die Primarstufe ausgesprochen habe. Dadurch könnten längere Betreuungszeiten im Nachmittagsbereich angeboten werden. Der Offene Ganztag gewährleiste eine verlässliche Betreuung an fünf Tagen pro Woche. Es finde eine Betreuung durch anderes Personal statt, nicht zwingend durch Lehrkräfte, dadurch könnten längere Betreuungszeiten generiert und andere pädagogische Inhalte angeboten werden. Da die Aufhebung des gebundenen Ganztags offensichtlich auch den Elternwillen widerspiegele und nicht auf einer geänderten Lehrkräftestundenzuweisung im Bereich der Förderschulen beruhe, könne seine Fraktion der Vorlage zustimmen.

Frau Lammel (SPD-Fraktion) ergänzt, dass aufgrund des Rechtsanspruchs auf einen OGS-Platz eine Betreuung bis 16.30 / 17.00 Uhr angeboten werden müsse. Beim gebundenen Ganztag werde dieser tägliche Betreuungsumfang nicht gewährleistet.

Es ergeht folgender

Beschluss:

1. Der gebundene Ganztag wird in der Primarstufe der Ernst-Hansen-Schule zum 31.07.2026 aufgelöst.
2. In der Primarstufe der Ernst-Hansen-Schule wird stattdessen zum 01.08.2026 der Offene Ganztag gem. dem RdErl. des MSW NRW „Gebundene und offene Ganztagsschulen sowie außerunterrichtliche Ganztags- und Betreuungsangebote im Primarbereich und Sekundarstufe I“ v. 23. Dezember 2010 in der zurzeit gültigen Fassung eingerichtet.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 19.03.2026 - öffentlich – TOP 14*

-.-.-

Zu Punkt 15

Trägerschaft für die neue Kindertageseinrichtung im Stadtbezirk Heepen (Bentruperheider Weg, 33719 Bielefeld)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0412/2025-2030

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die

Beschlussvorlage der Verwaltung.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) beantragt für seine Fraktion die Beratung der Vorlage in der heutigen Sitzung in erster Lesung.

Er verweist auf die der Bezirksvertretung in der Sitzung am 15.01.2026 zur Kenntnis gegebenen Vorlage „Information über den Beschluss des JHA zur Auswahl von Trägern für Kindertageseinrichtungen und Anwendung der beschlossenen Kriterien in den Bezirksvertretungen“ (DS 0209/2025-2030) und die dort enthaltene Kriterienliste. Dieser Katalog solle lt. Beschluss des Jugendhilfeausschusses bei der Bewertung der Träger und damit zur Entscheidungsfindung herangezogen werden. In Bezug auf die heute zu beratende Vorlage merkt er an, dass die Träger, die sich um den Kita-Standort beworben hätten, sehr umfangreiche Konzepte eingereicht hätten, die durch die Bezirksvertretung auf Grundlage der Kriterien innerhalb kürzester Zeit hätten bewertet werden müssen. Er habe erwartet, dass die Fachverwaltung die Bezirksvertretung dabei angemessen unterstütze. Dies sei nicht erfolgt, aber ohne Unterstützung sei eine Auswertung innerhalb der zur Verfügung stehenden Zeit aus seiner Sicht nicht leistbar. Deshalb beantrage er die Behandlung der Vorlage in erster Lesung.

Herr Dr. Elsner erklärt, wenn die Verwaltung die Bezirksvertretung beispielsweise in Form einer Bewertungsmatrix nicht unterstütze oder die Aussage treffe, dass alle Träger gleichermaßen geeignet seien, dann werde sich die Bezirksvertretung noch einmal intensiver mit den Bewerbungsunterlagen der Träger befassen. Er bittet daher um eine zeitnahe Rückmeldung. Abschließend merkt er an, es sei aus seiner Sicht befremdlich, wenn eine kriteriengeleitete Entscheidung erwartet werde, aber keine Unterstützung bei der Entscheidungsfindung erfolge.

Herr Solmaz (Vorsitzender der SPD-Fraktion) verweist auf die Formulierung in der Beschlussvorlage bzw. dem Interessenbekundungsverfahren, dass sich potenzielle Träger anhand der Kriterien bewerben mögen. Dies sei scheinbar hier geschehen. Er könne dennoch einer ersten Lesung zustimmen, um die Möglichkeit einer weitergehenden Befassung zu nutzen. Auch aus seiner Sicht sei es wichtig zeitnah zu erfahren, ob seitens der Verwaltung eine Unterstützung, z.B. in Form einer Bewertungsmatrix, erfolgen werde.

Herr Dr. Sander (Vorsitzender der AfD-Fraktion) nimmt Bezug auf ähnlich gelagerte Entscheidungsprozesse in der Vergangenheit, wie beispielsweise im Rahmen der Beratung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen. Auch hier gebe es eine Vielzahl von Anträgen, über die letztendlich die Politik zu entscheiden habe. Er vermute, dass die Verwaltung darauf hinweisen werde, dass es sich auch bei der Kita-Trägerschaft um eine politische Entscheidung handle. Aber auch seine Fraktion könne sich dem Vorschlag einer ersten Lesung anschließen.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher fasst die Diskussion dahingehend zusammen, dass die Verwaltung gebeten werde, zeitnah mitzuteilen, ob eine Unterstützung, z.B. in Form einer Entscheidungsmatrix, erfolgen werde.

Herr Bittner erklärt, der Wunsch nach Unterstützung durch die

Fachverwaltung angesichts des Umfangs der vorgelegten Unterlagen sei nachvollziehbar.

Er verweist jedoch auf die Ausführungen in der Beschlussvorlage „Auswahl von Kita-Trägern – Verfahren und Beurteilungskriterien“ (JHA, 02.07.2025, DS 10008/2020-2025), wonach „die eingegangenen Interessenbekundungen und Unterlagen von der Verwaltung -wie bisher auch- unkommentiert der jeweiligen Beschlussvorlage beigelegt“ würden. Dies lasse vermuten, dass der Bezirksvertretung keine Bewertungsmatrix seitens der Verwaltung zur Verfügung gestellt werde. Das Bezirksamt werde dies beim Fachamt aber noch einmal erfragen und die Bezirksvertretung kurzfristig über das Ergebnis informieren.

Es besteht Einvernehmen, die Vorlage in der heutigen Sitzung in 1. Lesung zu behandeln.

- 1. Lesung -

* BV Heepen – 19.03.2026 - öffentlich – TOP 15*

Zu Punkt 16 Aktuelle Straßenbaustellen 03/2026

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0703/2025-2030

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Heepen – 19.03.2026 - öffentlich – TOP 16 *

-.-.-

Zu Punkt 17 Weiteres Vorgehen für die Zentrenentwicklung nach Abschluss des Förderprogramms „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0706/2025-2030

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Heepen – 19.03.2026 - öffentlich – TOP 17 *

-.-.-

Zu Punkt 18 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zur Sitzung liegen keine entsprechenden Punkte vor.

* BV Heepen – 19.03.2026 - öffentlich – TOP 18 *

-.-.-

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Holm Sternbacher
Bezirksbürgermeister

Kerstin Nebel
Schriftführerin